

**Beirat zur Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeit in
der Berliner Jugendhilfe**

- Protokoll - 2. Sitzung am 23. Mai 2013

- in der verabschiedeten Fassung gemäß Sitzung des Beirats am 29.08.2013 -

Mitglieder / Teilnehmer/innen: s. Anwesenheitsliste (auf Anforderung)

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung
2. Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013
3. SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe
4. Arbeits- und Terminplanung
5. Verschiedenes, hier: Vorstudie zur Evaluation von Fallteamarbeit/fallunspezifischer Arbeit

TOP 1: Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung

Frau Schipmann begrüßt die Anwesenden zur zweiten Sitzung des Beirats.
Es kann entsprechend der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren werden.

TOP 2: Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013

Das Protokoll wird verabschiedet.

TOP 3: SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe

Frau Schipmann informiert zum aktuellen Vorbereitungsstand für die Fachtagung „Finanzierungsstrukturen für eine systematische Umsetzung sozialräumlicher Konzepte den Hilfen zur Erziehung“. Sie findet am 24.09.2013 statt; eine Einladung geht den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zu. Als Referenten konnten bereits Herr Prof. Hinte, Herr Dr. Meysen sowie Herr Schwork gewonnen werden. Des Weiteren ist ein Überblick über Grenzen und Möglichkeiten sozialräumlicher Finanzierungsansätze im HzE-Kontext durch Frau Schipmann beabsichtigt. Um dem nicht vorzugreifen und im weiteren Sitzungsverlauf ausreichend Zeit für die Vorstellung und für einen fachlichen Austausch zu einem Modellprojekt aus Steglitz-Zehlendorf zu haben, wird an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet.

Herr Hoffmann stellt das in Steglitz-Zehlendorf entwickelte Modellprojekt „Sozialräumlich orientierte Leistungen entwickeln“ in einer Präsentation vor, die dem Beirat gesondert zur Verfügung gestellt wird. Der Beginn des Projektes, das nur in einer begrenzten Region (Ortsteile Lichterfelde-Süd/-Ost sowie Lankwitz) - u. a. zur Begrenzung von Haushaltsrisiken - durchgeführt werden soll, ist zum Jahresanfang 2014 vorgesehen. Es ist auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt. Ein Ziel ist es, für die in der Region lebenden Kinder und ihre Eltern sozialräumlich orientierte, individuell passgenauere und flexiblere Unterstützungssysteme zu entwickeln. Erwartet wird, somit dem steigenden Hilfe-

bedarf und dem damit verbundenen Kostenanstieg bei den HzE begegnen zu können. In den Versuch einbezogen und weiterentwickelt werden sollen alle klientenspezifischen Lebenswelten, wobei die in der Region vorhandenen Grundschulen mit ihren Bezügen zu den Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen im Mittelpunkt der räumlichen Betrachtung stehen werden. Bereits vorhandene Kompetenzen dieser Regeleinrichtungen, bestehende institutionelle Strukturen (schulische Sozialarbeit, Familienbildung, EFBen etc.) und träger- sowie leistungsübergreifende Netzwerke (z. B. fallübergreifende/fallunspezifische Arbeit) sollen genutzt und weiter ausgebaut werden. Die Förderung primärer und sekundärer Prävention und die Entwicklung stärker an den Bedarfen orientierter, niedrigschwelliger Angebote - auch zur Entlastung der kostenintensiven Leistungen im HzE-Bereich - sind ein wichtiges Anliegen.

Zur Umgestaltung vorhandener Angebote sowie zur Schaffung neuer Hilfeformen und ihrer qualitativen Weiterentwicklung wird ein sozialräumliches Budget in Höhe von voraussichtlich 10 % der auf die Region bezogenen HzE-Ist-Ausgaben 2012 zur Verfügung stehen. Sie setzen sich aus den erbrachten Leistungen/Aufwendungen zu §§ 27 - 35a und 41 sowie zu §§ 11 - 16 SGB VIII, für Schulsozialarbeit und den für FuA/FTA zur Verfügung stehenden Mitteln zusammen und werden danach rd. 800 T € betragen. Zum Erhalt der Steuerungsverantwortung und auch zur Gewährleistung der Rechtsansprüche Betroffener wird die Mittelbewirtschaftung durch das Jugendamt erfolgen. Ein Trägerbudget soll entgegen anfänglicher Überlegungen nicht geschaffen werden. Über Leistungs- und Entgeltvereinbarungen werden die Mittel an die im Sozialraum aktiven Träger weiter gereicht. Durch das Budget soll die Entwicklung von Mischformen im Hilfebereich erleichtert werden. Eine Konkretisierung der Budgetgestaltung gemeinsam mit SenFin erfolgt in Kürze, positive Vorgespräche wurden bereits geführt.

In Kooperation mit den freien Trägern werden Innovationsteams (insgesamt 10 Personen wofür Personalkosten in Höhe von rd. 500 T € aus dem Budget veranschlagt werden) gebildet, deren Aufgabe es sein wird, bestehende Angebote an aktuelle Bedingungen anzupassen sowie neue bedarfsgerechte Hilfeformen zu entwickeln. Ausgangsbasis werden die systematischen Analysen und fachlichen Ableitungen aus der Hilfeplanung sein. Zur weiteren Unterstützung wird auf Seiten des Jugendamtes und der freien Träger je eine Stelle zur Koordination zur Beratung für junge Menschen und Familien, Abbau von Hürden, Ausloten von Hilfemöglichkeiten u. ä. - einem Eingangsmanagement vergleichbar - eingerichtet.

Herrn Hoffmann wird für die Ausführungen und die Bereitschaft, das Modellprojekt in einem vergleichsweise frühen Planungsstadium vorzustellen, gedankt. Die Diskussion u. a. zu Vor- und Nachteilen des Modells wird eröffnet.

Die Beteiligten können nachvollziehen, dass nicht alle Details vor Beginn des Projektes - insbesondere mit der Kurzfristigkeit, wie es vorangetrieben wird - festgelegt und geklärt sein können und eine Abstimmung zu einzelnen Fragen erst während des Verlaufs erfolgt. Sie empfehlen aber, im Vorfeld unbedingt die Festlegung der Zuständigkeiten für die Fach- und Dienstaufsicht vorzunehmen. Die Entscheidungsbefugnis für die Vergabe der Haushaltsmittel, für Personalangelegenheiten und die Teamstruktur (Funktionen und Zuständigkeiten der einzelnen Mitglieder) sind frühzeitig zu klären. Eine Gefahr wird in der Schaffung einer zusätzlichen Struktur - parallel zu dem FSD und dem RSD im Jugendamt - gesehen. Hier gilt es, alle Beteiligten zu mobilisieren und wertzuschätzen, eine Verzahnung zu gewährleisten sowie Reibungsflächen zu vermeiden.

Aus Sicht einzelner Beiratsmitglieder bieten die bestehenden Strukturen ausreichend Spielraum, um in den Bezirken und in den sozialräumlichen Bezügen auf aktuelle Erfordernisse reagieren zu können und geeignete Maßnahmen zu konzipieren. Mit FuA und FTA wurden wichtige Instrumente für die Bedarfsermittlung und das Finden geeigneter Hilfen entwickelt. Diese Auffassung wird in Steglitz-Zehlendorf ebenso vertreten. Vielmehr ist der Modellversuch unter Weiternutzung der klassischen Instrumente als Katalysator zu sehen. Die Änderungen in der Struktur sollen mehr Raum schaffen, um die Prozesse aktiver gestalten und stärker in die Örtlichkeit gehen zu können als bisher.

Der Beirat verweist auf die s. E. bestehende Schwierigkeit, „Gelingens“-Indikatoren zur Belegung positiver Effekte aus dem Projekt zu entwickeln. Sie sind aber unverzichtbar. Aus Sicht des Beirats fehlt es des Weiteren an einer hinreichenden Bedarfsanalyse, die kontinuierlich im Jugendamt durchzuführen und ein wichtiger Ausgangspunkt für das Projekt ist.

Dem Projektverlauf und dem Bemühen, damit der Versäulung im HzE-Bereich und den starren Finanzierungssträngen im Buchungssystem entgegen zu treten zu wollen, wird viel Erfolg gewünscht. Zu den Anmerkungen auf eine zu erwartende Kritik aus dem eigenen Bezirk aber auch aus den anderen Bezirken hinsichtlich der Verwendung ausschließlich für HzE-Maßnahmen bestimmter Mittel auch für andere Bereiche, macht Herr Hoffmann deutlich, dass es dem Jugendamt wichtig ist, von dem „Kasten“-Denken wegzukommen und übergreifend (vom Fall zum Feld) zu handeln.

Der Beirat bekräftigt, dass wie zu der als sehr wichtig angesehenen Schnittstelle Jugendhilfe/Schule zu den Bereichen Gesundheit und Soziales ein ebenfalls stärkerer Bezug hergestellt wird.

Herr Hoffmann dankt für die in der Diskussion erhaltenen Hinweise und sagt einen aktuellen Sachstandsbericht zur nächsten Beiratssitzung zu.

TOP 5: Verschiedenes

wird vorgezogen behandelt.

Frau Schmidthals-Schoele berichtet zu den Ergebnissen einer zur Evaluation von Fallteamarbeit (FTA) und fallunspezifischer Arbeit (FuA) in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule vor folgendem Hintergrund durchgeführten Vorstudie:

Für FTA und FuA werden seit 2008 jährlich 1,8 Mio. € (150 T € pro Bezirk) in den Berliner Haushalt eingestellt. Die aufgrund eines Auftrags durch SenBJW gegenüber dem Abgeordnetenhaus vorzunehmende jährliche Berichterstattung (erstmalig für 2009) zeigt deutliche Unterschiede zur Verwendung der Mittel in den einzelnen Bezirken auf. Um dem Auftrag aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie aus 2011 zur Darlegung der Gründe für die unterschiedliche Ausschöpfung der Mittel und die Entwicklung eines Konzeptes für eine mögliche Evaluation zur Gewährleistung eines gezielteren Mitteleinsatzes entsprechen zu können, war die Vorstudie vorbereitet und durchgeführt worden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Durchführung von Interviews in sechs Bezirken. Hierzu war ein Frageleitfaden zu Arbeitsstrukturen des Fallteams, des Einsatzes von SRO-Instrumenten, der Durchführung einer ressourcenorientierten Fallbearbeitung und den Faktoren des Gelingens bzw. möglicher Hindernisse abgestimmt worden.

Die Vorstudie ergab, dass

- die Jugendämter die Möglichkeit von FTA/FuA positiv bewerten,
- die unterschiedlichen Strukturen und Standards innerhalb der Bezirke und die Personalsituation in den RSDs, die eine Fallarbeit in der gewünschten Tiefe (Falleingangsphase, Vorbereitung der Fallteamsitzungen, Hilfeplanung, Begleitung der Hilfeprozesse) nicht zulässt, allgemein als hinderlich empfunden werden.
- einen Untersuchungsbedarf
 - zu dem Nutzen der FTA für sozialräumliches Arbeiten,
 - der Auswirkung der FTA auf die Qualität in der Fallarbeit und Hilfeplanung und ob sich eine Qualitätssteigerung an den Hilfeplänen und Hilfeverläufen festmachen lässt,
 - zur Auswirkung der engeren Kooperation zwischen den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und den freien Trägern auf die Entwicklung von sozialräumlichen Handlungsstrategien

Grundsätzlich wird eine Evaluation zur Praxis von FTA/FuA für sinnvoll gehalten. Allerdings bedarf es einer Klärung, ob der Zeitpunkt vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strategien zur Umsetzung der Personalzielzahlen in den bezirklichen Jugendämtern günstig für eine Realisierung ist. Übereinstimmung besteht darin, dass die Evaluation von einem unabhängigen Dienstleister durchzuführen wäre.

Das Gremium dankt für den erhaltenen Überblick. Die voran geschrittene Zeit lässt nur einen kurzen Austausch zu. In den Wortbeiträgen wird eine unterschiedliche Sicht u. a. zu den Möglichkeiten von FTA/FuA, den feststellbaren Ergebnissen und den zu den Erfordernissen einer Evaluation unter Berücksichtigung eines Kosten-/Nutzungsverhältnisses deutlich. Eine Verbindung des Einsatzes beider Handlungsinstrumente auf die Wirksamkeit der Hilfen wird aus Sicht der Teilnehmenden nur unzureichend hergestellt. Befürwortet wird der sich eröffnende Spielraum für die Entwicklung innovativer Angebote bzw. bedarfsspezifischer Projekte.

TOP 4: Arbeits- und Terminplanung

Als Ergebnis der unter dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt geführten Debatte wird vereinbart, das Thema zu Wirkung, Struktur und Weiterentwicklung von FTA/FuA für den Folgetermin als Schwerpunkt vorzusehen.

Abschließend verständigen sich die Anwesenden für das zweite Halbjahr 2013 auf die beiden folgenden Sitzungstermine:

Donnerstag, den 29.08.2013 und

Donnerstag, den 14.11.2013,

jeweils in der Zeit von 13.00 - 16.00 Uhr

Saitenmacher
(Geschäftsstelle)

**Beirat zur Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeit in
der Berliner Jugendhilfe**

- Protokoll - 2. Sitzung am 23. Mai 2013

- in der verabschiedeten Fassung gemäß Sitzung des Beirats am 29.08.2013 -

Mitglieder / Teilnehmer/innen: s. Anwesenheitsliste (auf Anforderung)

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung
2. Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013
3. SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe
4. Arbeits- und Terminplanung
5. Verschiedenes, hier: Vorstudie zur Evaluation von Fallteamarbeit/fallunspezifischer Arbeit

TOP 1: Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung

Frau Schipmann begrüßt die Anwesenden zur zweiten Sitzung des Beirats.
Es kann entsprechend der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren werden.

TOP 2: Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013

Das Protokoll wird verabschiedet.

TOP 3: SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe

Frau Schipmann informiert zum aktuellen Vorbereitungsstand für die Fachtagung „Finanzierungsstrukturen für eine systematische Umsetzung sozialräumlicher Konzepte den Hilfen zur Erziehung“. Sie findet am 24.09.2013 statt; eine Einladung geht den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zu. Als Referenten konnten bereits Herr Prof. Hinte, Herr Dr. Meysen sowie Herr Schwork gewonnen werden. Des Weiteren ist ein Überblick über Grenzen und Möglichkeiten sozialräumlicher Finanzierungsansätze im HzE-Kontext durch Frau Schipmann beabsichtigt. Um dem nicht vorzugreifen und im weiteren Sitzungsverlauf ausreichend Zeit für die Vorstellung und für einen fachlichen Austausch zu einem Modellprojekt aus Steglitz-Zehlendorf zu haben, wird an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet.

Herr Hoffmann stellt das in Steglitz-Zehlendorf entwickelte Modellprojekt „Sozialräumlich orientierte Leistungen entwickeln“ in einer Präsentation vor, die dem Beirat gesondert zur Verfügung gestellt wird. Der Beginn des Projektes, das nur in einer begrenzten Region (Ortsteile Lichterfelde-Süd/-Ost sowie Lankwitz) - u. a. zur Begrenzung von Haushaltsrisiken - durchgeführt werden soll, ist zum Jahresanfang 2014 vorgesehen. Es ist auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt. Ein Ziel ist es, für die in der Region lebenden Kinder und ihre Eltern sozialräumlich orientierte, individuell passgenauere und flexiblere Unterstützungssysteme zu entwickeln. Erwartet wird, somit dem steigenden Hilfe-

bedarf und dem damit verbundenen Kostenanstieg bei den HzE begegnen zu können. In den Versuch einbezogen und weiterentwickelt werden sollen alle klientenspezifischen Lebenswelten, wobei die in der Region vorhandenen Grundschulen mit ihren Bezügen zu den Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen im Mittelpunkt der räumlichen Betrachtung stehen werden. Bereits vorhandene Kompetenzen dieser Regeleinrichtungen, bestehende institutionelle Strukturen (schulische Sozialarbeit, Familienbildung, EFBen etc.) und träger- sowie leistungsübergreifende Netzwerke (z. B. fallübergreifende/fallunspezifische Arbeit) sollen genutzt und weiter ausgebaut werden. Die Förderung primärer und sekundärer Prävention und die Entwicklung stärker an den Bedarfen orientierter, niedrigschwelliger Angebote - auch zur Entlastung der kostenintensiven Leistungen im HzE-Bereich - sind ein wichtiges Anliegen.

Zur Umgestaltung vorhandener Angebote sowie zur Schaffung neuer Hilfeformen und ihrer qualitativen Weiterentwicklung wird ein sozialräumliches Budget in Höhe von voraussichtlich 10 % der auf die Region bezogenen HzE-Ist-Ausgaben 2012 zur Verfügung stehen. Sie setzen sich aus den erbrachten Leistungen/Aufwendungen zu §§ 27 - 35a und 41 sowie zu §§ 11 - 16 SGB VIII, für Schulsozialarbeit und den für FuA/FTA zur Verfügung stehenden Mitteln zusammen und werden danach rd. 800 T € betragen. Zum Erhalt der Steuerungsverantwortung und auch zur Gewährleistung der Rechtsansprüche Betroffener wird die Mittelbewirtschaftung durch das Jugendamt erfolgen. Ein Trägerbudget soll entgegen anfänglicher Überlegungen nicht geschaffen werden. Über Leistungs- und Entgeltvereinbarungen werden die Mittel an die im Sozialraum aktiven Träger weiter gereicht. Durch das Budget soll die Entwicklung von Mischformen im Hilfebereich erleichtert werden. Eine Konkretisierung der Budgetgestaltung gemeinsam mit SenFin erfolgt in Kürze, positive Vorgespräche wurden bereits geführt.

In Kooperation mit den freien Trägern werden Innovationsteams (insgesamt 10 Personen wofür Personalkosten in Höhe von rd. 500 T € aus dem Budget veranschlagt werden) gebildet, deren Aufgabe es sein wird, bestehende Angebote an aktuelle Bedingungen anzupassen sowie neue bedarfsgerechte Hilfeformen zu entwickeln. Ausgangsbasis werden die systematischen Analysen und fachlichen Ableitungen aus der Hilfeplanung sein. Zur weiteren Unterstützung wird auf Seiten des Jugendamtes und der freien Träger je eine Stelle zur Koordination zur Beratung für junge Menschen und Familien, Abbau von Hürden, Ausloten von Hilfemöglichkeiten u. ä. - einem Eingangsmanagement vergleichbar - eingerichtet.

Herrn Hoffmann wird für die Ausführungen und die Bereitschaft, das Modellprojekt in einem vergleichsweise frühen Planungsstadium vorzustellen, gedankt. Die Diskussion u. a. zu Vor- und Nachteilen des Modells wird eröffnet.

Die Beteiligten können nachvollziehen, dass nicht alle Details vor Beginn des Projektes - insbesondere mit der Kurzfristigkeit, wie es vorangetrieben wird - festgelegt und geklärt sein können und eine Abstimmung zu einzelnen Fragen erst während des Verlaufs erfolgt. Sie empfehlen aber, im Vorfeld unbedingt die Festlegung der Zuständigkeiten für die Fach- und Dienstaufsicht vorzunehmen. Die Entscheidungsbefugnis für die Vergabe der Haushaltsmittel, für Personalangelegenheiten und die Teamstruktur (Funktionen und Zuständigkeiten der einzelnen Mitglieder) sind frühzeitig zu klären. Eine Gefahr wird in der Schaffung einer zusätzlichen Struktur - parallel zu dem FSD und dem RSD im Jugendamt - gesehen. Hier gilt es, alle Beteiligten zu mobilisieren und wertzuschätzen, eine Verzahnung zu gewährleisten sowie Reibungsflächen zu vermeiden.

Aus Sicht einzelner Beiratsmitglieder bieten die bestehenden Strukturen ausreichend Spielraum, um in den Bezirken und in den sozialräumlichen Bezügen auf aktuelle Erfordernisse reagieren zu können und geeignete Maßnahmen zu konzipieren. Mit FuA und FTA wurden wichtige Instrumente für die Bedarfsermittlung und das Finden geeigneter Hilfen entwickelt. Diese Auffassung wird in Steglitz-Zehlendorf ebenso vertreten. Vielmehr ist der Modellversuch unter Weiternutzung der klassischen Instrumente als Katalysator zu sehen. Die Änderungen in der Struktur sollen mehr Raum schaffen, um die Prozesse aktiver gestalten und stärker in die Örtlichkeit gehen zu können als bisher.

Der Beirat verweist auf die s. E. bestehende Schwierigkeit, „Gelingens“-Indikatoren zur Belegung positiver Effekte aus dem Projekt zu entwickeln. Sie sind aber unverzichtbar. Aus Sicht des Beirats fehlt es des Weiteren an einer hinreichenden Bedarfsanalyse, die kontinuierlich im Jugendamt durchzuführen und ein wichtiger Ausgangspunkt für das Projekt ist.

Dem Projektverlauf und dem Bemühen, damit der Versäulung im HzE-Bereich und den starren Finanzierungssträngen im Buchungssystem entgegen zu treten zu wollen, wird viel Erfolg gewünscht. Zu den Anmerkungen auf eine zu erwartende Kritik aus dem eigenen Bezirk aber auch aus den anderen Bezirken hinsichtlich der Verwendung ausschließlich für HzE-Maßnahmen bestimmter Mittel auch für andere Bereiche, macht Herr Hoffmann deutlich, dass es dem Jugendamt wichtig ist, von dem „Kasten“-Denken wegzukommen und übergreifend (vom Fall zum Feld) zu handeln.

Der Beirat bekräftigt, dass wie zu der als sehr wichtig angesehenen Schnittstelle Jugendhilfe/Schule zu den Bereichen Gesundheit und Soziales ein ebenfalls stärkerer Bezug hergestellt wird.

Herr Hoffmann dankt für die in der Diskussion erhaltenen Hinweise und sagt einen aktuellen Sachstandsbericht zur nächsten Beiratssitzung zu.

TOP 5: Verschiedenes

wird vorgezogen behandelt.

Frau Schmidthals-Schoele berichtet zu den Ergebnissen einer zur Evaluation von Fallteamarbeit (FTA) und fallunspezifischer Arbeit (FuA) in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule vor folgendem Hintergrund durchgeführten Vorstudie:

Für FTA und FuA werden seit 2008 jährlich 1,8 Mio. € (150 T € pro Bezirk) in den Berliner Haushalt eingestellt. Die aufgrund eines Auftrags durch SenBJW gegenüber dem Abgeordnetenhaus vorzunehmende jährliche Berichterstattung (erstmalig für 2009) zeigt deutliche Unterschiede zur Verwendung der Mittel in den einzelnen Bezirken auf. Um dem Auftrag aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie aus 2011 zur Darlegung der Gründe für die unterschiedliche Ausschöpfung der Mittel und die Entwicklung eines Konzeptes für eine mögliche Evaluation zur Gewährleistung eines gezielteren Mitteleinsatzes entsprechen zu können, war die Vorstudie vorbereitet und durchgeführt worden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Durchführung von Interviews in sechs Bezirken. Hierzu war ein Frageleitfaden zu Arbeitsstrukturen des Fallteams, des Einsatzes von SRO-Instrumenten, der Durchführung einer ressourcenorientierten Fallbearbeitung und den Faktoren des Gelingens bzw. möglicher Hindernisse abgestimmt worden.

Die Vorstudie ergab, dass

- die Jugendämter die Möglichkeit von FTA/FuA positiv bewerten,
- die unterschiedlichen Strukturen und Standards innerhalb der Bezirke und die Personalsituation in den RSDs, die eine Fallarbeit in der gewünschten Tiefe (Falleingangsphase, Vorbereitung der Fallteamsitzungen, Hilfeplanung, Begleitung der Hilfeprozesse) nicht zulässt, allgemein als hinderlich empfunden werden.
- einen Untersuchungsbedarf
 - zu dem Nutzen der FTA für sozialräumliches Arbeiten,
 - der Auswirkung der FTA auf die Qualität in der Fallarbeit und Hilfeplanung und ob sich eine Qualitätssteigerung an den Hilfeplänen und Hilfeverläufen festmachen lässt,
 - zur Auswirkung der engeren Kooperation zwischen den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und den freien Trägern auf die Entwicklung von sozialräumlichen Handlungsstrategien

Grundsätzlich wird eine Evaluation zur Praxis von FTA/FuA für sinnvoll gehalten. Allerdings bedarf es einer Klärung, ob der Zeitpunkt vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strategien zur Umsetzung der Personalzielzahlen in den bezirklichen Jugendämtern günstig für eine Realisierung ist. Übereinstimmung besteht darin, dass die Evaluation von einem unabhängigen Dienstleister durchzuführen wäre.

Das Gremium dankt für den erhaltenen Überblick. Die voran geschrittene Zeit lässt nur einen kurzen Austausch zu. In den Wortbeiträgen wird eine unterschiedliche Sicht u. a. zu den Möglichkeiten von FTA/FuA, den feststellbaren Ergebnissen und den zu den Erfordernissen einer Evaluation unter Berücksichtigung eines Kosten-/Nutzungsverhältnisses deutlich. Eine Verbindung des Einsatzes beider Handlungsinstrumente auf die Wirksamkeit der Hilfen wird aus Sicht der Teilnehmenden nur unzureichend hergestellt. Befürwortet wird der sich eröffnende Spielraum für die Entwicklung innovativer Angebote bzw. bedarfsspezifischer Projekte.

TOP 4: Arbeits- und Terminplanung

Als Ergebnis der unter dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt geführten Debatte wird vereinbart, das Thema zu Wirkung, Struktur und Weiterentwicklung von FTA/FuA für den Folgetermin als Schwerpunkt vorzusehen.

Abschließend verständigen sich die Anwesenden für das zweite Halbjahr 2013 auf die beiden folgenden Sitzungstermine:

Donnerstag, den 29.08.2013 und

Donnerstag, den 14.11.2013,

jeweils in der Zeit von 13.00 - 16.00 Uhr

Saitenmacher
(Geschäftsstelle)

**Beirat zur Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeit in
der Berliner Jugendhilfe**

- Protokoll - 2. Sitzung am 23. Mai 2013

- in der verabschiedeten Fassung gemäß Sitzung des Beirats am 29.08.2013 -

Mitglieder / Teilnehmer/innen: s. Anwesenheitsliste (auf Anforderung)

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung
2. Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013
3. SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe
4. Arbeits- und Terminplanung
5. Verschiedenes, hier: Vorstudie zur Evaluation von Fallteamarbeit/fallunspezifischer Arbeit

TOP 1: Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung

Frau Schipmann begrüßt die Anwesenden zur zweiten Sitzung des Beirats.
Es kann entsprechend der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren werden.

TOP 2: Annahme des Protokolls der Sitzung am 31.03.2013

Das Protokoll wird verabschiedet.

TOP 3: SRO-Finanzierungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe

Frau Schipmann informiert zum aktuellen Vorbereitungsstand für die Fachtagung „Finanzierungsstrukturen für eine systematische Umsetzung sozialräumlicher Konzepte den Hilfen zur Erziehung“. Sie findet am 24.09.2013 statt; eine Einladung geht den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zu. Als Referenten konnten bereits Herr Prof. Hinte, Herr Dr. Meysen sowie Herr Schwork gewonnen werden. Des Weiteren ist ein Überblick über Grenzen und Möglichkeiten sozialräumlicher Finanzierungsansätze im HzE-Kontext durch Frau Schipmann beabsichtigt. Um dem nicht vorzugreifen und im weiteren Sitzungsverlauf ausreichend Zeit für die Vorstellung und für einen fachlichen Austausch zu einem Modellprojekt aus Steglitz-Zehlendorf zu haben, wird an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet.

Herr Hoffmann stellt das in Steglitz-Zehlendorf entwickelte Modellprojekt „Sozialräumlich orientierte Leistungen entwickeln“ in einer Präsentation vor, die dem Beirat gesondert zur Verfügung gestellt wird. Der Beginn des Projektes, das nur in einer begrenzten Region (Ortsteile Lichterfelde-Süd/-Ost sowie Lankwitz) - u. a. zur Begrenzung von Haushaltsrisiken - durchgeführt werden soll, ist zum Jahresanfang 2014 vorgesehen. Es ist auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt. Ein Ziel ist es, für die in der Region lebenden Kinder und ihre Eltern sozialräumlich orientierte, individuell passgenauere und flexiblere Unterstützungssysteme zu entwickeln. Erwartet wird, somit dem steigenden Hilfe-

bedarf und dem damit verbundenen Kostenanstieg bei den HzE begegnen zu können. In den Versuch einbezogen und weiterentwickelt werden sollen alle klientenspezifischen Lebenswelten, wobei die in der Region vorhandenen Grundschulen mit ihren Bezügen zu den Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen im Mittelpunkt der räumlichen Betrachtung stehen werden. Bereits vorhandene Kompetenzen dieser Regeleinrichtungen, bestehende institutionelle Strukturen (schulische Sozialarbeit, Familienbildung, EFBen etc.) und träger- sowie leistungsübergreifende Netzwerke (z. B. fallübergreifende/fallunspezifische Arbeit) sollen genutzt und weiter ausgebaut werden. Die Förderung primärer und sekundärer Prävention und die Entwicklung stärker an den Bedarfen orientierter, niedrigschwelliger Angebote - auch zur Entlastung der kostenintensiven Leistungen im HzE-Bereich - sind ein wichtiges Anliegen.

Zur Umgestaltung vorhandener Angebote sowie zur Schaffung neuer Hilfeformen und ihrer qualitativen Weiterentwicklung wird ein sozialräumliches Budget in Höhe von voraussichtlich 10 % der auf die Region bezogenen HzE-Ist-Ausgaben 2012 zur Verfügung stehen. Sie setzen sich aus den erbrachten Leistungen/Aufwendungen zu §§ 27 - 35a und 41 sowie zu §§ 11 - 16 SGB VIII, für Schulsozialarbeit und den für FuA/FTA zur Verfügung stehenden Mitteln zusammen und werden danach rd. 800 T € betragen. Zum Erhalt der Steuerungsverantwortung und auch zur Gewährleistung der Rechtsansprüche Betroffener wird die Mittelbewirtschaftung durch das Jugendamt erfolgen. Ein Trägerbudget soll entgegen anfänglicher Überlegungen nicht geschaffen werden. Über Leistungs- und Entgeltvereinbarungen werden die Mittel an die im Sozialraum aktiven Träger weiter gereicht. Durch das Budget soll die Entwicklung von Mischformen im Hilfebereich erleichtert werden. Eine Konkretisierung der Budgetgestaltung gemeinsam mit SenFin erfolgt in Kürze, positive Vorgespräche wurden bereits geführt.

In Kooperation mit den freien Trägern werden Innovationsteams (insgesamt 10 Personen wofür Personalkosten in Höhe von rd. 500 T € aus dem Budget veranschlagt werden) gebildet, deren Aufgabe es sein wird, bestehende Angebote an aktuelle Bedingungen anzupassen sowie neue bedarfsgerechte Hilfeformen zu entwickeln. Ausgangsbasis werden die systematischen Analysen und fachlichen Ableitungen aus der Hilfeplanung sein. Zur weiteren Unterstützung wird auf Seiten des Jugendamtes und der freien Träger je eine Stelle zur Koordination zur Beratung für junge Menschen und Familien, Abbau von Hürden, Ausloten von Hilfemöglichkeiten u. ä. - einem Eingangsmanagement vergleichbar - eingerichtet.

Herrn Hoffmann wird für die Ausführungen und die Bereitschaft, das Modellprojekt in einem vergleichsweise frühen Planungsstadium vorzustellen, gedankt. Die Diskussion u. a. zu Vor- und Nachteilen des Modells wird eröffnet.

Die Beteiligten können nachvollziehen, dass nicht alle Details vor Beginn des Projektes - insbesondere mit der Kurzfristigkeit, wie es vorangetrieben wird - festgelegt und geklärt sein können und eine Abstimmung zu einzelnen Fragen erst während des Verlaufs erfolgt. Sie empfehlen aber, im Vorfeld unbedingt die Festlegung der Zuständigkeiten für die Fach- und Dienstaufsicht vorzunehmen. Die Entscheidungsbefugnis für die Vergabe der Haushaltsmittel, für Personalangelegenheiten und die Teamstruktur (Funktionen und Zuständigkeiten der einzelnen Mitglieder) sind frühzeitig zu klären. Eine Gefahr wird in der Schaffung einer zusätzlichen Struktur - parallel zu dem FSD und dem RSD im Jugendamt - gesehen. Hier gilt es, alle Beteiligten zu mobilisieren und wertzuschätzen, eine Verzahnung zu gewährleisten sowie Reibungsflächen zu vermeiden.

Aus Sicht einzelner Beiratsmitglieder bieten die bestehenden Strukturen ausreichend Spielraum, um in den Bezirken und in den sozialräumlichen Bezügen auf aktuelle Erfordernisse reagieren zu können und geeignete Maßnahmen zu konzipieren. Mit FuA und FTA wurden wichtige Instrumente für die Bedarfsermittlung und das Finden geeigneter Hilfen entwickelt. Diese Auffassung wird in Steglitz-Zehlendorf ebenso vertreten. Vielmehr ist der Modellversuch unter Weiternutzung der klassischen Instrumente als Katalysator zu sehen. Die Änderungen in der Struktur sollen mehr Raum schaffen, um die Prozesse aktiver gestalten und stärker in die Örtlichkeit gehen zu können als bisher.

Der Beirat verweist auf die s. E. bestehende Schwierigkeit, „Gelingens“-Indikatoren zur Belegung positiver Effekte aus dem Projekt zu entwickeln. Sie sind aber unverzichtbar. Aus Sicht des Beirats fehlt es des Weiteren an einer hinreichenden Bedarfsanalyse, die kontinuierlich im Jugendamt durchzuführen und ein wichtiger Ausgangspunkt für das Projekt ist.

Dem Projektverlauf und dem Bemühen, damit der Versäulung im HzE-Bereich und den starren Finanzierungssträngen im Buchungssystem entgegen zu treten zu wollen, wird viel Erfolg gewünscht. Zu den Anmerkungen auf eine zu erwartende Kritik aus dem eigenen Bezirk aber auch aus den anderen Bezirken hinsichtlich der Verwendung ausschließlich für HzE-Maßnahmen bestimmter Mittel auch für andere Bereiche, macht Herr Hoffmann deutlich, dass es dem Jugendamt wichtig ist, von dem „Kasten“-Denken wegzukommen und übergreifend (vom Fall zum Feld) zu handeln.

Der Beirat bekräftigt, dass wie zu der als sehr wichtig angesehenen Schnittstelle Jugendhilfe/Schule zu den Bereichen Gesundheit und Soziales ein ebenfalls stärkerer Bezug hergestellt wird.

Herr Hoffmann dankt für die in der Diskussion erhaltenen Hinweise und sagt einen aktuellen Sachstandsbericht zur nächsten Beiratssitzung zu.

TOP 5: Verschiedenes

wird vorgezogen behandelt.

Frau Schmidthals-Schoele berichtet zu den Ergebnissen einer zur Evaluation von Fallteamarbeit (FTA) und fallunspezifischer Arbeit (FuA) in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule vor folgendem Hintergrund durchgeführten Vorstudie:

Für FTA und FuA werden seit 2008 jährlich 1,8 Mio. € (150 T € pro Bezirk) in den Berliner Haushalt eingestellt. Die aufgrund eines Auftrags durch SenBJW gegenüber dem Abgeordnetenhaus vorzunehmende jährliche Berichterstattung (erstmalig für 2009) zeigt deutliche Unterschiede zur Verwendung der Mittel in den einzelnen Bezirken auf. Um dem Auftrag aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie aus 2011 zur Darlegung der Gründe für die unterschiedliche Ausschöpfung der Mittel und die Entwicklung eines Konzeptes für eine mögliche Evaluation zur Gewährleistung eines gezielteren Mitteleinsatzes entsprechen zu können, war die Vorstudie vorbereitet und durchgeführt worden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Durchführung von Interviews in sechs Bezirken. Hierzu war ein Frageleitfaden zu Arbeitsstrukturen des Fallteams, des Einsatzes von SRO-Instrumenten, der Durchführung einer ressourcenorientierten Fallbearbeitung und den Faktoren des Gelingens bzw. möglicher Hindernisse abgestimmt worden.

Die Vorstudie ergab, dass

- die Jugendämter die Möglichkeit von FTA/FuA positiv bewerten,
- die unterschiedlichen Strukturen und Standards innerhalb der Bezirke und die Personalsituation in den RSDs, die eine Fallarbeit in der gewünschten Tiefe (Falleingangsphase, Vorbereitung der Fallteamsitzungen, Hilfeplanung, Begleitung der Hilfeprozesse) nicht zulässt, allgemein als hinderlich empfunden werden.
- einen Untersuchungsbedarf
 - zu dem Nutzen der FTA für sozialräumliches Arbeiten,
 - der Auswirkung der FTA auf die Qualität in der Fallarbeit und Hilfeplanung und ob sich eine Qualitätssteigerung an den Hilfeplänen und Hilfeverläufen festmachen lässt,
 - zur Auswirkung der engeren Kooperation zwischen den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und den freien Trägern auf die Entwicklung von sozialräumlichen Handlungsstrategien

Grundsätzlich wird eine Evaluation zur Praxis von FTA/FuA für sinnvoll gehalten. Allerdings bedarf es einer Klärung, ob der Zeitpunkt vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strategien zur Umsetzung der Personalzielzahlen in den bezirklichen Jugendämtern günstig für eine Realisierung ist. Übereinstimmung besteht darin, dass die Evaluation von einem unabhängigen Dienstleister durchzuführen wäre.

Das Gremium dankt für den erhaltenen Überblick. Die voran geschrittene Zeit lässt nur einen kurzen Austausch zu. In den Wortbeiträgen wird eine unterschiedliche Sicht u. a. zu den Möglichkeiten von FTA/FuA, den feststellbaren Ergebnissen und den zu den Erfordernissen einer Evaluation unter Berücksichtigung eines Kosten-/Nutzungsverhältnisses deutlich. Eine Verbindung des Einsatzes beider Handlungsinstrumente auf die Wirksamkeit der Hilfen wird aus Sicht der Teilnehmenden nur unzureichend hergestellt. Befürwortet wird der sich eröffnende Spielraum für die Entwicklung innovativer Angebote bzw. bedarfsspezifischer Projekte.

TOP 4: Arbeits- und Terminplanung

Als Ergebnis der unter dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt geführten Debatte wird vereinbart, das Thema zu Wirkung, Struktur und Weiterentwicklung von FTA/FuA für den Folgetermin als Schwerpunkt vorzusehen.

Abschließend verständigen sich die Anwesenden für das zweite Halbjahr 2013 auf die beiden folgenden Sitzungstermine:

Donnerstag, den 29.08.2013 und

Donnerstag, den 14.11.2013,

jeweils in der Zeit von 13.00 - 16.00 Uhr

Saitenmacher
(Geschäftsstelle)